

Sozialpolitik als Wegwerfaktion – oder:

Das Leiden von Staat und Kapital an ihren Standorten muss ein Ende haben

„Strukturelle Reformen“ in Europa

Zumindest für die Abteilung Inneres steht das Programm guten Regierens europaweit fest. Alle Nationen, die mit ihrer Marktwirtschaft reich und bedeutend geworden sind und es auch bleiben wollen, brauchen *Reformen*. Deren Notwendigkeit steht außer Zweifel. Selbst die jeweiligen politischen Führungsmannschaften, sonst der Bewahrung des Gemeinwesens vor störenden Veränderungen verpflichtet, lassen wissen, dass es „keine Alternative gibt“ – zu den „einschneidenden“, „grundsätzlichen“, „umfangreichen“, „nachhaltigen“ etc. Reformen, die sie planen. Ein Notstand ist eingetreten – Not herrscht im Haushalt des Staates, in „der Wirtschaft“, die nicht wächst, wichtige Kapitalstandorte Europas sind eingebrochen –, und der gebietet staatliche Verfügungen, welche mit fatalen Behinderungen des nationalen Wirtschaftslebens aufräumen. Die Schäden am Allgemeinwohl, das in dreifacher Ausführung – als Staatshaushalt, als Wirtschaftswachstum, als globaler Konkurrenzserfolg – durch gescheiterte Regierungshandeln zu gewährleisten ist, resultieren nämlich aus den Kosten, die für den Lebensunterhalt von Leuten aufgebracht werden, die entweder arbeiten oder aufgrund ermittelter Unbrauchbarkeit diesen Dienst unterlassen. Die Politiker lassen mit dieser Diagnose kein Rätselraten um den Gehalt ihrer Reformen aufkommen. Sie organisieren den sparsamen Umgang mit dem Geld, soweit es nicht als Geschäfts-, sondern als Lebensmittel gebraucht wird. Das ist erstens bei der abhängigen Arbeit der Fall, von der jeder weiß, dass sie Kosten verursacht, was ihrem eigentlichen Sinn – nämlich rentabel zu sein – schon seit jeher Abbruch tut. Zweitens gilt es für das weite Feld des Sozialen, wo mancher Bedarf ohne Gegenleistung finanziert wird, jedenfalls ohne ausreichende. Wenn dann Minister noch vernehmlich „Lohn-Nebenkosten“ in Prozenten ausdrücken, ist drittens die Brücke geschlagen zwischen den gebeutelten Instanzen des Gemeinwohls und den verschiedenen Abteilungen des Volkes, die zu einer einzigen Belastung entartet sind. Dann können sich die Moderatorinnen und Wirtschaftsfachleute dem *Realismus* der Regierenden nicht mehr verweigern, und sie wenden sich der spannenden Sachfrage zu, was „wir“ alles tun und lassen müssen, und ob die Regierung, die Opposition oder eine Koalition „es“ hinkriegt.

Demokraten argumentieren – nicht für, sondern mit Kapitalismus

Damit ist die *erste* und durchschlagende *Lüge* fertig. Denn der Realismus, der sich auch als Abschied von Ideologien lobt, hält sich nicht groß bei dem Dogma der alten Linken auf, nach dem die Sache von Wirtschaft & Nation mit dem gesicherten Wohlstand der lieben Massen unvereinbar ist. Für moderne Anwälte des Gemeinwohls entsprechen erst ihre tatkräftigen Schlussfolgerungen aus solcher Schiefelage der Wirklichkeit: Wenn „die Wirtschaft“, die öffentlichen Haushalte und die nationalen Sozialwesen Not leidend sind, dann ist es unstrittig, dass vor dieser „Sachlage“, als die heutzutage die einschlägigen Interessen daher kommen, die Interessen der privaten Haushalte an halbwegs ausgeglichenen Bilanzen zu weichen haben. Dafür gibt es inzwischen Rechnungen, die fraglos als *objektiv* gelten und in leicht fassbaren Zahlen und Graphiken das „Unhaltbare“ am Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern, von Lohnhöhe und Arbeitszeit zur Rentabilität der Arbeit oder des Lohns zu seinen „Nebenkosten“ darstellen. Und es gibt andere Kalkulationen, etwa bei Leuten, die von Lohn oder sozialstaatlichen Löhnersatzleistungen leben, die von den Verfechtern entschiedener Reformen mühelos als Ausdruck eines *Interesses* an „Besitzstandswahrung“ entlarvt werden, das jetzt – „endlich“ – der Einsicht in die unabweisbaren „Sachzwänge“

Platz zu machen habe, deretwegen „es“ so jedenfalls „nicht weitergehen“ könne. Lupenreine Parteilichkeit geriert sich so als Bemühung um Vernunft, die seit jeher nichts anderes ist als ein Diktat der Realität. Und die begnügt sich in ihrer unbestechlichen Art eben nicht mit der betrüblichen Auskunft, dass sich die Wohlfahrt von Staat und Kapital nicht mit dem Bedarf der Massen verträgt. Die Mitteilung schließt gleich den Hinweis darauf ein, welche Abteilung der Volkswirtschaft über ihre Verhältnisse lebt und damit auf Kosten der anderen. So weiß die Politik sofort Bescheid und stellt lauter Kostenvorschläge auf, die die Opfer beziffern, mit denen die Nutznießer des staatlichen Sozial- und wirtschaftlichen Lohnwesens dem Allgemeinwohl auf die Sprünge helfen.

Die Parteinahme für das eine und gegen das andere Interesse kann sich so unwidersprochen als „Realismus“ aufführen, weil sie auf das *Abhängigkeitsverhältnis*, das Kapital und Arbeitsbevölkerung miteinander verbindet, als ebenso bekannte wie unverrückbare Geschäftsgrundlage verweist: Regierungsamtlich wird daran erinnert, dass in der Marktwirtschaft nun einmal die Verteilung von allem und jedem auf dem *Wachstum der Wirtschaft* beruht. Weswegen sich die Leistungen und Einkommen derer, die nicht mit Kapital und Profit wirtschaften, den Erfordernissen des Wachstums unterzuordnen haben. Da aus den Interessen dieser Leute *ohne* Wachstum sowieso nichts wird, sind sie so zu bemessen, dass sie als Dienst und Mitwirkung am Wachstum taugen. Einige Millionen Arbeitslose und sonstiges Elend, das sich *mit* Wachstum eingestellt hat, stacheln nicht zu Zweifeln an der Reformwut neuen Typs an – die Unbrauchbaren sind ja bereits als *Belastung* der Wirtschaft verbucht. Sie ausgerechnet als *Produkt* der Wirtschaft und ihres Wachstums wahrzunehmen, ist da ziemlich *unrealistisch*.

Die erpresserische Berufung auf diese Abhängigkeit als *das* Argument für ihre kostengünstigere Ausgestaltung zitiert eine Notwendigkeit des *Systems* und duldet keine Ablehnung aus Interessensgründen. Sie braucht bei der Festlegung der „abhängig Beschäftigten“ auf ihre Rolle als Variable des Erfolgs von Kapital und Staat keine großen Verheißungen in die Welt zu setzen. Nur so viel ist sicher, das aber immerhin: Weil man den Grund für alles Misslingen auf den Feldern des Wirtschaftens und Sozialstaat-Machens letztlich im zu hohen Preis der Arbeit dingfest gemacht hat, lassen sich die daraus folgenden „Probleme“ bestimmt nicht lösen ohne diesbezügliche und entschiedene Preissenkungen. Dann vielleicht, aber nur unter dieser Bedingung, könnte es zu neuen Arbeitsplätzen auf den europäischen Standorten kommen: wenn die Beschäftigten es sich selbst angelegen sein lassen, den *Vergleich* in Sachen „Produktivität“ – so nennt man Rentabilität heute gerne und fühlt sich ein wenig „wissenschaftlich“ dabei –, der laufend mit ihnen im Verhältnis zu allen anderen Lohnempfängern weltweit angestellt wird, nicht mit störenden Ansprüchen zu behindern. Dabei liegt es ganz offenkundig in der Natur dieses Vergleiches, dass die Aussicht auf für das Kapital lohnende Arbeitsplätze nur auf Widerruf gilt: so lange eben, wie er gut ausgeht für die Rentabilitätsrechnungen der agierenden Kapitalisten.

Die *zweite Lüge* fügt der Behauptung der *Notwendigkeit* all der Schönheiten einer neu dimensionierten Armut die Verheißung des *Nutzens* hinzu. Bei allem zur Schau gestellten Interesse- und alternativlosen Realismus verzichten Demokraten nicht darauf, die geforderten Opfer als *Dienst* zu verkaufen. Wenn sie den Lebensunterhalt aller Schlechterverdienenden für unbezahlbar erklären, beabsichtigen und bewirken sie eine Neuordnung von Arbeit und Leben, in der Fürsorge aufrechterhalten und

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahrszeitschrift

Vortrag mit Diskussion

Die deutschen Gewerkschaften treten ab.

Und das, während gerade der bisher größte Angriff auf Lohn und Arbeitszeit, auf Rente, Krankenversicherung und andere Elemente der sozialen Sicherheit läuft.

Wie ist das? Brauchen die Arbeitnehmer des 21. Jahrhunderts keine Interessenvertretung mehr?

1.

Die IG Metall, die größte Einzelgewerkschaft der Welt und angeblich die radikalste unter den deutschen, bekennt sich zu einer neuen Einsicht: „Wir dürfen nicht nur Nein-Sager sein...“, „Wir müssen uns ändern...“, Ihren Kurswechsel kündigt sie auf denkbar spektakuläre Weise an: Der Vorsitzende Zwickel bricht im Sommer den Streik um die Ausdehnung der 35-Stunden-Woche auf die Metallindustrie im Osten völlig überraschend und ohne Not ab.

2.

Der Abbruch des Streiks wird angeordnet in dem Augenblick, als er beginnt *Wirkung* zu zeigen: Westdeutsche Autofirmen klagen, der Streik im Osten unterbreche ihre Zulieferungen; BMW und Opel kündigen Kurzarbeit an. Die „Fernwirkung“, die große Autofirmen in den Streit hineinzieht und ihnen ein Interesse am baldigen Ende der Auseinandersetzungen nahe legt, hätten Gewerkschafter eigentlich als erwünschtes *Druckmittel* auf ihre lokalen Unternehmen zu begrüßen. Immerhin ist die Schädigung des Kapitalinteresses der einzige Hebel, den die Lohnabhängigen zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen die Macht der Unternehmer einsetzen können; für diesen Kampf organisieren sie sich und füllen ihre Streikkassen – sollte man denken. Aber das stimmt wohl nicht mehr. Eine moderne IG Metall sieht das genau umgekehrt: Sie erklärt den allmählich greifenden Streik gerade wegen einer „*nicht vereinbarten und nicht akzeptablen Fernwirkung*..“ für gescheitert und bricht ihn *ohne jedes Ergebnis* ab.

3.

Obendrein räumt *sie* gegen alle sonstige Gepflogenheit die „*schwerste Niederlage seit 1954*“ ein. Das überrascht, wo sie doch sonst jede tariflich abgeseignete Reallohnsenkung den Mitgliedern als *Sieg* zu verkaufen gewohnt ist. Um Argumente war ihre Propaganda dabei nie verlegen, denn es lässt sich leicht jede Verschlechterung an der Lohn- oder Arbeitszeitfront in einen Erfolg ummünzen, wenn man nur behauptet, ohne gewerkschaftlichen Tarifkampf wäre alles noch viel schlimmer. Diesmal ruft sie die Mitglieder nicht einmal zum Dampf lassen zu ihrem klassischen Protestzirkus auf, mit dem sie ihre Arbeitskämpfe sonst wieder herunterfährt. Die Führung der Organisation legt ausdrücklich Wert auf die *Demonstration ihrer Ohnmacht*; sie will, dass die Niederlage unübersehbar ist und den Mitgliedern als schlagendes Argument für die Unumgänglichkeit eines Kurswechsels vor Augen steht.

4.

Die Richtung des Kurswechsels ist niemandem ein Rätsel. Die gewerkschaftsfeindliche demokratische Öffentlichkeit übersetzt sich die „*Niederlage der IG Metall*“ gleich in eine endgültige „*Entmachtung der Gewerkschaften*“, schwärmt bereits von einer „*Welt ohne Gewerkschaften*“ und erlaubt sich hämische Überschriften wie „*IG Egal*“ (FTD). Endlich, so Presse, Funk und Fernsehen wird Deutschland aus dem Würgegriff der Gewerkschaften befreit; endlich können deutsche Unternehmer wieder Löhne zahlen und Arbeitszeiten verordnen, die ihr Profitinteresse befriedigen. Nur so – durch neue Grade von Rücksichtslosigkeit gegen die Lohnabhängigen nämlich – kommt Deutschland voran.

5.

Die Gewerkschaften schließen aus dieser Kampfansage nicht, dass sie erst recht für ihre Sache kämpfen müssen, sondern dass sie nicht mehr kämpfen können. Das wirft Fragen auf: Warum konnten sie bisher? Und was war das für ein Kampf, der so lange ging und nun nicht mehr?

**Donnerstag, 06. November 2003
K4 im Künstlerhaus (Ex-KOMM), Festsaal
Nürnberg, Königstr. 93**

www.gegenstandpunkt.com /gegenstandpunkt@t-online.de

Michel Friedman – noch ein Aufstieg und Fall:

Der deutschen Demokratie geht eine politmoralisch besonders wertvolle Nervensäge verloren

Die „öffentliche Hinrichtung“ – um es mit den Worten seines Anwaltes zu sagen –, die Michel Friedman erleiden musste, kostete ihn nicht das Leben, aber immerhin seinen angestammten „Platz in der 1. Reihe“. Seine politischen Ämter, seine Talkrunde in der ARD und damit überhaupt seine öffentliche Reputation, alles fürs Erste im Eimer:

„... klipp und klar und ohne Wenn und Aber: Ja, ich habe einen Fehler gemacht. Ich werde alle öffentlichen Ämter, die ich inne habe, jetzt zurückgeben. ... Menschen machen Fehler. Menschen irren sich. Auch ich (!) habe Fehler gemacht. Auch ich (!) habe mich geirrt. Das soll nicht mein Verhalten relativieren oder gar verharmlosen. Ich sage es nur, weil ich erklären möchte, dass auch ich (!) nur ein Mensch bin.“ (*Friedman am 8.7.03*)

Die stilvolle Erklärung zeigt noch, *was für ein Mensch* da zurücktreten muss. Geschick vermeidet er durch das schlicht erweiternde „*auch*“ auszusprechen, was dessen penetrante Wiederholung gleichwohl mitteilt: *Sogar*

Friedman ist „ein Mensch“, der „Fehler macht“ und „sich irrt“. (Inwiefern eigentlich?) In seiner Not macht sich der Elitemensch gemein mit den Jedermanns und ist auch nur so schlecht wie diese. Solche Bescheidenheit selbst in dieser schweren Stunde zeugt von dem gediegenen Selbstbewusstsein, das Friedman sich in den Jahren seines öffentlich-politischen Wirkens gleich mehrfach verdient hat.

Das ging schon früh los. Der junge Michel beginnt seine Karriere damit, dass er aus dem Schicksal der jüdischen Opfer des Faschismus – seine Familie war durch Oskar Schindlers Liste gerade noch davor gerettet worden – eine vorwärts weisende Lehre zieht: Er wird von vornherein als „selbstbewusster Jude“ auftreten, und zwar *in dem* Deutschland, das unbedingt der Rechtsnachfolger des Dritten Reiches sein wollte. Die neue Führung in Westdeutschland hatte sich und dem deutschen Volke auch

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Banken-Krise in Deutschland – Ökonomen wissen Rat

Es hilft kein Leugnen. Nach den deutschen Unternehmen sind nun auch die Banken in der Krise. Die Gewinne bleiben aus, ganze Geschäftsfelder brechen weg, allen voran die lukrativen Frontrunner des letzten Jahrzehnts: Aktien- und Wertpapierhandel, Mergers & Acquisitions, und die Aktiva der Bankbilanzen – Kreditforderungen gegenüber Schuldner und selbst wieder Aktien – erleiden einen gefährlichen Wertverlust; die gesetzlich geforderten Eigenkapitalquoten drohen unterschritten zu werden. Altgediente Bankvorstände sind ratlos und kapitulieren, die Bankenaufsicht ist im Alarmzustand, die Regierung dementiert eine Bankenkrise, um die schlimme Situation nicht noch durch Wahrheiten zu verschlimmern; derweilen prognostiziert ein Thesenpapier von McKinsey die „Auflösung des Finanzplatzes Frankfurt“.

Die Katastrophe ist perfekt. Gott sei dank gibt es noch den ökonomischen Sachverstand in den Universitäten und Wirtschaftsredaktionen, der sich inmitten der allgemeinen Verzweiflung einen klaren Kopf und ein kühles Urteil bewahrt hat. Unbestechlich analysiert er die Ursachen der Bankenkrise und weist den Weg zu neuen Erfolgen. Um gründlich vorzugehen, wenden sich die Experten zuerst der Definitionsfrage zu: Verdient die „komplexe Lage“, in der sich die Banken zweifellos befinden, überhaupt eine Bankenkrise genannt zu werden? Wo fängt so eine Krise an? Erst wenn die Kunden die Bankschalter stürmen? Oder ist dann schon alles zu spät? In Japan kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von einer Krise gesprochen werden; aber Deutschland ist nicht Japan, was schon daraus hervorgeht, dass es neben einer Bankenkrise nicht auch noch eine Immobilienkrise gibt. Wäre das dann endgültig die Krise – oder müssen erst die großen Institute fallieren? Zwischenruf: Redet man mit solchen Reflexionen die Banken nicht erst in die Krise, anstatt sie aus der Krise herauszureden? Unentschieden – aber auf eines kann man sich schon mal einigen: Von der Krise, die es vielleicht ja auch gar nicht gibt, sollte schon aus Gründen der praktischen Handlungsperspektive nicht die Rede sein. Derartige Diagnosen lähmen eher. Besser ist es, das Phänomen in drei Teilkrisen zu zerlegen, die sich viel schöner praktisch angehen lassen.

Die Ertragskrise überwinden!

Alle Wirtschaftsredaktionen sind sich über den grundlegenden Imperativ einig: „Das Ziel der Ertragssteigerung muss wieder in den Blick genommen werden!“ Warum hat man diese einfache Regel nur jahrelang aus den Augen verloren? Endlich wieder Gewinne machen, und das nicht zu knapp. Das ist der Weg, um als Bank erfolgreich zu sein. Und so solide! Da haben diese Blödmänner in den Chefesseln geglaubt, man könne ewig auf steigende Aktienkurse setzen und sind pseudo-wissenschaftlichen Gurus der New Economy gefolgt, die von der Überholtheit hergebrachter Bewertungsmaßstäbe und von dem Ende der Konjunkturzyklen geschwafelt haben. Dabei kann die Wissenschaft nach dem Platzen der Spekulationsblase empirisch beweisen, dass die alten Gesetze noch gelten: What goes up, must come down! Jetzt heißt es, sich von einer „Kultur der Maßlosigkeit“ verabschieden und wieder kleine Brötchen backen. Es muss alles anders werden. Den Anlegern müssen „endlich wieder hohe Renditen winken“, zum Beispiel, indem man ihnen einen neuen TecDax spendiert, auf den sie spekulieren können.

Die mögen nicht investieren? Scheuen das Risiko? Jetzt leidet der Aktienhandel an „Vertrauensschwund“? Zum Glück wissen die Sachverständigen, was Not tut: „Das Vertrauen muss wieder hergestellt werden!“ Dass noch ein bisschen mehr geschwunden ist als das Vertrauen – das Vermögen der Aktiensparer nämlich –, ist bedauerlich, wäre aber nicht so schlimm, wenn nur das Vertrauen wieder in Ordnung käme. Allerdings ist bei richtigem Vorgehen, dieses hohe Gut auch leichter wieder herzustellen als der alte Kontostand. Zum Beispiel so: Man findet den Schuldigen. Wer aber hat nun das Vertrauen ins Geldanlegen verspielt? Der unseriöse Spekulant oder der zag-

hafte Unternehmer, der sich nicht in den Aufschwung zu investieren traut – oder beide zusammen? Auch die Bankvorstände müssen sich von der Wissenschaft kritische Worte gefallen lassen: Wer hat denn den Aufbruch in die deutsche Aktienkultur beschädigt, indem er den kleinen Anlegern zu dem ökonomischen Risiko, das die natürlich tragen müssen, ein ganz überflüssiges „Betrugsrisiko“ zugemutet hat? Aber eigentlich bringt es gar nichts, nachzukarten und um Verantwortlichkeiten zu streiten, wo doch ohnehin klar ist, was es braucht, um das beschädigte Vertrauen zu reparieren: Den seriösen Spekulanten und den optimistischen Unternehmer; Führungspersönlichkeiten eben, die das Vertrauen, das sie erzeugen wollen, überzeugend repräsentieren. Nur woher nehmen? Die FAZ weiß Rat, sie hat sich die vorbildliche Personalpolitik der bayrischen Hypo- und Vereinsbank angeschaut: Dort „wirbelt man die Ebene der Bereichsvorstände durcheinander“ und schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: Man hat anstelle der alten verbrauchten Führungsmannschaft neue Leute an der Spitze, die neues Vertrauen verdienen; und man hat zweitens alte Hasen an der Spitze, denen man die Kompetenz und Erfahrung zu vertrauen darf, die Bank aus ihrer Krise auch wieder herauszuführen. Genial, wie der neue Vorstandsvorsitzende einfach einmal „Führungskräfte seines Vertrauens um sich scharf“. Ganz so leicht wie unter Bankern geht „Vertrauensarbeit“ am Kleinanleger nicht – eben weil man vorher so viel und so erfolgreich an ihn hingearbeitet hat. Ihm, so fordern die Sachverständigen, muss die Botschaft klarer Schuldeingeständnisse vermittelt werden: Jawohl, es hat in der Fondsbranche an „Professionalität gemangelt“ und „schwarze Schafe“ unter den Anlageberatern gegeben. Die Banken müssen dem Misstrauen der Anleger recht geben, um ihr Vertrauen zurück zu gewinnen. Kleinsparer sind eben mit „Fingerspitzengefühl“ über die Risiken und Nebenwirkungen der Aktienanlage aufzuklären, wenn man ihnen wieder mehr von dem Zeug verkaufen will. Nur die rechte Balance zwischen dem Anheizen der Gier und der Beschreibung der Risiken kann gewährleisten, dass hinterher nicht wieder die dummen Beschwerden kommen: „Die Banken müssen den Kunden deutlicher sagen, dass selbst die Telekom-Aktie keine Volksaktie und kein sicheres Rentenpapier ist.“

Mit der hilfreichen Empfehlung, die Banken sollten es doch wieder mit dem Gewinnemachen versuchen, und den Ausführungen, wie das ganz anders als in den unheilvollen späten 90er Jahren zu gehen hätte, ist der ökonomische Sachverstand noch lange nicht am Ende. Er ist flexibel genug, den Ertragsmangel der Banken auch von der anderen Seite her zu betrachten, und landet so bei seiner zweiten Teilkrise und den Wegen ihrer Überwindung.

„Die Kostenkrise bewältigen“

Die Überlegung ist einfach und nachvollziehbar: Wenn die Banken mit ihren Umsätzen keine Gewinne machen, dann sind einfach ihre Kosten zu hoch, um bei gegebenem Umsatz einen Gewinn zu erlauben. Kein Wunder also, dass der Gewinn nicht stimmt, wo die Banken das Kostensenken vergessen! Wieder greift sich der Wissenschaftler ans Hirn, versteht gar nicht, wie ein so elementarer Grundsatz guten Kaufmannstums missachtet werden konnte – und macht sich sogleich an die Auflösung seines Rätsels. „Die deutschen Banken wurden durch zwei Ereignisse davon abgehalten, rechtzeitig auf ihre Kosten zu achten: Die Wiedervereinigung und der Börsenboom durch die New Economy.“ Die kurzsichtigen Bankmanager haben sich blenden lassen – von ihren damaligen Gewinnen nämlich – also von dem Umstand, dass ihre Kosten für ihre Geschäfte gar nicht zu hoch waren. Hätten sie damals ihre Kosten gesenkt, Filialen geschlossen, Investmentbanker und Aktienbroker entlassen, dann bräuchten sie es heute nicht zu tun. Hätten sie doch, statt mit den Gewinnen zu rechnen, die sie gemacht haben, mit denen gerechnet, die heute ausbleiben! Dann hätten sie wohl kaum im wilden Osten auf Expansion gesetzt und lauter neue Filialen eröffnet, die sie in der

Krise wieder schließen müssen. „Vor der Wiedervereinigung war die Zahl der Filialen schon im Sinken, doch dann stieg sie wieder durch Neueröffnungen im Osten.“ Bloß wegen unrealistischer Hoffnungen auf blühende Landschaften haben sie den richtigen Trend zur Straffung des Filialnetzes umgedreht. Hätten sie die Ossi doch ohne Banken gelassen oder gleich ans Internetbanking gewöhnt, anstatt auf einen Aufschwung Ost zu setzen, der sich 10 Jahre später als Flop erweist. Aber auch im Westen decken die Sachverständigen schwere Fehler der Banken auf. Abgesehen davon, dass nämlich auch hier an viel zu vielen Stellen das Geld der Leute eingesammelt wird, hat man sich in allzu „hohe Kosten im IT-Bereich“ gestürzt, „weil viele Institute daran glaubten,

Die Welt ist voller Menschen. Du bist einer, ich schon wieder, sogar der Bundeskanzler. Aber worum handelt es sich da bei uns? Wer ist der Mensch in uns allen? Das sind so Fragen. Die rufen nach Aufklärung, und die Wissenschaft hält, was sie verspricht: Den Menschen kennt sie ganz genau, und zwar je nach Fach anders. Diesmal:

Der Mensch in der Psychologie: Ein total Verrückter, stets bemüht, sich in den Griff zu kriegen

Psychologen stellen Fragen wie: „Warum machen Menschen Kriege?“, „Warum rennen sie dem Geld hinterher und werden dabei doch nicht glücklich?“, „Warum verzweifeln sie an ihren Liebschaften?“ etc. So unterschiedlich und gegensätzlich die sozialen Charaktere sind, die einem im wirklichen Leben entgegentreten – Professor und Hausfrau, Unternehmer und Arbeiter, Politiker und Wahlvolk – Psychologen sehen allemal und grundsätzlich ein und dasselbe Subjekt, „den Menschen“, am Werk. Es mag sein, was es will – ein Fußballspiel oder eine Staatsaffäre, ein Urlaubsflirt oder ein Ereignis aus dem Berufsleben. Auf jeden Fall steht für Psychologen schon mal vorab fest, dass da Menschen ihrer Selbstverwirklichung nachgehen. Der Mensch in der Psychologie ist ein Held der Freiheit: Er bewegt sich in einer Welt, die sein Produkt ist; aber zu seiner Zufriedenheit fällt sie dann doch nicht aus. Die Frage, woran das liegt, ist mit der Wahl des Subjekts schon beantwortet: Der Mensch ist halt so, dass er in seinem Selbstverwirklichungsdrang nicht zu knapp Sachen unternimmt, die ihm nicht gut tun. Statt zu erklären, was sie da jeweils vor sich haben, machen Psychologen einen tautologischen Rückschluss auf das Innenleben des Menschen. Ihr Freiheitsheld bekommt auf diese Weise die merkwürdigsten Neigungen zugesprochen: Warum machen Menschen z. B. Kriege? Weil sie die Neigung dazu haben; Aggression heißt dieses Ding. Psychologen halten Kriege für erklärungsbedürftig; sie denken aber gar nicht am Krieg weiter – Verhältnis zwischen Staaten; deren Interesse verletzt; wie ist dieses Interesse beschaffen, dass Krieg Mittel seiner Durchsetzung? usf. –, sondern belassen ihn so unbegriffen wie er daherkommt, legen ihn in die Menschenseele, und dort soll sich niemand mehr über ihn wundern. Die Tilgung der Objektivität halten sie für deren Erklärung! Das psychologische Erklärungsbedürfnis gibt sich zufrieden damit, dass ihm der absolute Widerspruch angeboten wird: Der Mensch ist eben so, dass er grundlos – und deswegen auch gleichgültig, ob im Krieg oder in einer Wirtschaftsschlagerei – sich und seinesgleichen Schwierigkeiten macht. Aber nicht nur das, sondern auch das Gegenteil: Der Mensch, psychologisch betrachtet, hat nämlich auch noch einen Liebestrieb, welcher auch weniger mit dem bekannten zarten Gefühl zu tun hat als vielmehr mit einem dicken „Plus“, das sich dann auf irgendwen oder irgendwas richtet: Psychologen leuchtet es ein, dass einer ein Auto kauft, weil er eigentlich mit sein-er Mutter vögeln will. Beweis: Er kauft das Auto! Solche Ausgeburten psychologischer Phantasie belegen, dass Psychologen gerne bereit sind, den Preis zu entrichten dafür, alles menschlich verständlich finden zu wollen. Sie brauchen sich deswegen über nichts mehr in der Welt zu wundern, weil sie sich dazu entschlossen haben, sich das Befremdlichste und Verrückteste als das den Menschen Bewegende einleuchten zu lassen. Dieser Entschluss ist unwiderlegbar. Wer meint, darin einen Einwand zu haben, dass er bei sich solch merkwürdige Neigungen noch nicht verspürt hat, dem kommen Psychologen offensiv: typischer Fall von Verdrängung! Gegen das, was mit Willen und Bewusstsein begabte Menschen als

dass sie die Kunden von der Filiale ins Internet bekommen könnten.“ Ja, weniger Filialen und weniger Internet-Auftritt, weniger Banking überhaupt, das wär's gewesen! – Aber die Eule der Minerva fliegt halt spät; doch besser spät als nie! Mit dieser Einsicht nämlich ist der Sachverstand bei seiner 3. Teilkrise und seinem ultimativen Ratschlag angekommen.

„Strukturkrise bewältigen!“

Auch diese Überlegung ist so luzide, der aus ihr folgende Ratschlag so klar, dass man sich fragt, warum die Banken nicht schon früher drauf gekommen sind: Wenn das Bankgeschäft kleiner ausfällt, als dass alle Banken daran

Fortsetzung Seite 4, Spalte 4 Mitte

ihre jeweiligen Beweggründe wissen, behaupten die Psychologen eine Welt dahinter liegender Motive als das Bestimmende: Was den Menschen zur Tat schreiten lässt, soll gerade nicht das sein, was er will, sondern ein (An-)Trieb, dem der Wille als bloßes Ausführungsorgan gehorchen muss; und wer davon nichts gemerkt hat, der beweist nur die Macht des Unbewussten. Diese Willensmetaphysik ist hermetisch: Sie behauptet, dass der Witz am Willen in seiner Leugnung besteht. Er soll durch irrationale Antriebe determiniert, also außer Kraft gesetzt sein. Dann gibt es ihn aber nicht. Es muss ihn aber geben, weil sonst nicht er determiniert werden könnte. Gibt es ihn aber, ist mit Determination nichts. Also zurück: Determination, aber eine, die im Verborgenen wirkt, so dass der Wille nicht merkt, dass er außer Kraft gesetzt wird. Sachlich ist es völlig wurscht, ob man sagt: In der Seele wirken Kräfte, die stets verborgen bleiben, oder ob man das lässt. Aber fürs Menschenbild ist dieser Unterschied enorm bedeutsam. Jetzt steht er da, der Mensch in der Psychologie: als selbstbewusster Herr der Welt – aber leider hat er sich selbst nicht im Griff. Die Welt – in Ordnung! Der Mensch ist das Problem: Er ist beherrscht vom Irrationalismus metaphysischer Seelenkräfte. Für wen ist das eigentlich ein Problem? Für den Menschen, behaupten Psychologen. Und wenn der es schon nicht selber merken kann, so wenigstens sie. Gründe für „Frust“ und „Stress“ und „Leid“ kennen sie mehr als sonst jemand, und allemal ist damit alles Objektive, das Anlass zur Kritik geben könnte, der Diagnose eines misslungenen Selbstverhältnisses des Menschen zu sich untergeordnet: Er leidet an sich und existiert damit doppelt. Einmal als der missratene Vollverrückte und dann noch als derjenige, dem das nicht passt, und der deswegen von dem Drang beseelt ist, sich in den Griff zu kriegen. Damit sprechen die Psychologen ihrem Menschen den Willen und die Fähigkeit zu sich rational zu verhalten zu sich nämlich. Dann könnte er das Spinnen aber auch gleich lassen. Er soll aber beides! Derselbe Mensch, der vom Mechanismus seiner Seelenkräfte gebeutelt wird, macht sich also an die Aufgabe, sich zum Herrn über diesen Mechanismus aufzuschwingen: Da baut sich in mir ein Druck auf, der braucht ein Ventil – sprach der Dampfkessel zu sich. Nach dieser Logik kriegt der Mensch alle Hände voll zu tun: Er verdrängt, projiziert, kompensiert, und je mehr er das, vielleicht auch unter psychologischer Anleitung, mit Willen und Bewusstsein vollzieht – also die Resultate von Projektion, Verdrängung usw. auch wieder verarbeitet usf. –, desto umfangreicher wird sein Seelenhaushalt, der bewältigt sein will, und desto ähnlicher wird er dem Menschen in der Psychologie. Leuten, die sich selber als derartige Problembündel betrachten, steht die Psychologie – dabei – hilfreich zur Seite: Sie exerziert an ihnen ihr Menschenbild durch.

**Sozialistische Gruppe
Erlangen Nürnberg (SG)**
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E. Eißendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

**„SOZIALPOLITIK ALS WEGWERFAKTION,“
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten**

gesichert ist. Aus jeder Beschränkung und Belastung des Einkommens, die mit den Reformen beschlossen wird, sollen ja Arbeitsplätze entstehen, und die Finanzierbarkeit des Sozialsystems, das die Leute schließlich brauchen, wird gewährleistet. Es gibt ja weiterhin Renten und Krankenversicherung; bloß eben weniger von all dem, was sich endgültig als „zu teuer“ herausgestellt hat.

So kommt das umfangreiche *Zerstörungswerk*, das auf dem Feld der mit sozialrechtlichen Ansprüchen ausgestatteten gewöhnlichen Armut herbeiformiert wird, nicht nur im ehemaligen „Modell Deutschland“ als *Rettungsaktion* im Dienste des „sozialstaatlichen Kernbestandes“ (Schröder) daher. Wer die gesetzliche Krankenversicherung retten will, muss seine dritten Zähne privat bezahlen, wer auf Sozialrente angewiesen ist, muss von seinem Lohn selbst vorsorgen, und wer für den Kündigungsschutz ist, der ein „Einstellungshindernis“ ist, muss für seine Einschränkung sein, damit es mehr Arbeitsplätze gibt, für die er dann auch gar nicht mehr zu gelten braucht. Der Fanatismus für die Sache der Reformen, der das Sozialwesen der kapitalistischen EU-Staaten als *das* große Hindernis für den Erfolg der Nationen haftbar macht, es wie *den* entscheidenden Krisengrund behandelt, dessen erfolgreiche Bekämpfung über den künftigen Weg in der Konkurrenz der Nationen entscheidet, führt zu unbefangenen Umgang mit den verrechneten Kostengrößen und ihren Wirkungen. Dabei scheut er den Übergang ins komische, auch ins zynische Fach nicht: Da hängt dann der Erfolg deutscher Mittelstandskapitale mit fünf Beschäftigten davon ab, ob man den sechsten leichter feuern darf, und es hebt eine ernsthafte Debatte über eine Altersgrenze für teure medizinische Versorgung an, weil davon abhängt, ob die Jugend eine Zukunft hat. Zwar will niemand als sicher behaupten, dass das alles dem Wachstum auf die Beine hilft. Aber die *Notwendigkeit*, dass endlich ganz schnell und ganz radikal „etwas“ geschieht bei der Verbilligung von Lohn- und Sozialstaatskosten, will schon gleich niemand bestreiten.

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der Unfinanzierbarkeit der Arbeiterklasse

Das ist die Art, wie heute die *Systemfrage* aufgeworfen wird. Nicht in einer Debatte der alten sozialreformerischen Art, welche Alternativen außer der Verarmung der verehrten Massen der Kapitalismus eigentlich sonst noch *zu bieten* hätte, sondern in einer darüber, welche er auf jeden Fall *ausschließt*; nicht im Zeichen der Illusion, die Verteilungseffekte der kapitalistischen Produktionsweise ließen sich sozialreformerisch ungeschehen machen, sondern auf Grundlage des Verdikts, dass korrigierende Eingriffe in die „naturwüchsige“ Zuteilung von Armut und Reichtum als widernatürlich, schädlich und ein Bärendienst an den „Begünstigten“ selber zu ächten sind. „Nicht von dieser Welt“ sind demnach alle Reformideen, die *ohne* Kürzungen beim Preis der Arbeit und bei den sozialen Kosten für den Erhalt der nationalen Arbeitsmannschaften auskämen. Die zeitgemäße *Systemkritik* von oben kennt nämlich ein neues Gespenst, das in Europa umgeht: Das der *Unfinanzierbarkeit* der eingetragenen Sozialansprüche. Mit dieser Formel geben sozialsystemkritische Kapitalisten ihren *Unwillen* zu Protokoll, weiterhin Löhne zu bezahlen, mit denen über den täglichen Überlebensbedarf der Beschäftigten hinaus der Lebensunterhalt der inaktiven Teile der Arbeitsbevölkerung finanziert wird. Solche Löhne sind *erstens ungerecht*, weil Arbeitgeber für den letztgenannten Lohnteil von ihrem Arbeitnehmer gar keine Arbeit erhalten und mit irgendwelchen Rentnern, Kranken oder Arbeitslosen gar keine Arbeitsverträge geschlossen haben. Sie sind *zweitens wirtschaftlich unvernünftig*, weil zu hohe Arbeitskosten die Konkurrenzfähigkeit des Standorts schädigen. Deswegen werden sie, aufs Ganze gesehen, auch schon gar nicht mehr gezahlt und sind folglich *drittens gar nicht möglich* – was zu beweisen war. Kurz: Das bestehende Lohn- und Sozialsystem ist grundsätzlich falsch und deswegen „strukturell“ reformbedürftig. Dem betroffenen Publikum wird die „Wahl“ vorstel-

lig gemacht zwischen einerseits fortschreitendem Niedergang des Standorts wg. zu viel Lohn und Sozialkosten, „also“ Arbeitslosigkeit und Zusammenbruch des nicht mehr finanzierbaren Sozialsystems, *oder* andererseits Kürzung von Lohn und Sozialversicherungsansprüchen, zwecks „Rettung des Sozialstaats im Kern“. Innerhalb dieser *alternativen* Perspektive trifft die Politik kraft ihrer demokratischen Zuständigkeit stellvertretend für ihr Volk die Entscheidung zu Gunsten von „Reformen“. Dieses benimmt sich weiterhin als Volk und nimmt seine Abhängigkeit vom Lohn- und Sozialsystem als Grund genug, auch dessen Änderung bis hin zur teilweisen Annullierung hinzunehmen und mit der Frage zu quittieren, was ihm denn dann noch zusteht. So werden für die *Quantität* der anstehenden Verarmung neue Maßstäbe fällig.

Das Ideal zum Reformrealismus: Verelendung ja, aber bitte schonend und gerecht

Die *dritte Lüge* steuern die Minderheiten bei, die sich in Parteien und Gewerkschaften zu Wort melden. Wenn sie sich nicht gleich, wegen Publikum, vorstellen, reden sie sich und anderen *schonende Alternativen* ein. Und zwar bei und nach kompletter Anerkennung der Definition von Krisen aller Art in der Wirtschaft, im Staatshaushalt, in den Sozialkassen, in der Demographie... Sogar für den Glauben an einen positiven Effekt von Wachstum auf Arbeitsplätze und für die Lehre, dass Lohnabhängige in modernen Sozialstaaten alteuropäischer Prägung nicht zu teuer und zu träge sein dürfen, haben sie etwas übrig. Diese alternativen Rechner lassen sich auf die Kalkulationen von Staat und Kapital ein und bringen den Lebensunterhalt der privaten Haushalte als *Gesichtspunkt* eben dieser Kalkulationen mit der Bitte um Berücksichtigung ein, also ohne das Prinzip des grassierenden Reformunwesens anzugreifen. Die Antwort auf Gewissensfragen der Art, ob sie denn wirklich *gegen* Wachstum, schuldenfreie öffentliche Haushalte und ein gesundgeschrumpftes Sozialwesen wären, wo doch alle und alles davon abhängen, verweigern sie nicht und wollen auch die Behauptung der alternativen Abhängigkeit der *Opfer* des kapitalistischen Geschäftslebens von dessen Gelingen nicht kritisieren, geschweige denn die Abhängigkeit, die es wirklich gibt. Deswegen lassen sie sich ein aufs Mitmachen, zeigen viel kreatives Engagement, wenn sie es dürfen, lassen von Störungen ab, plädieren auf Milde und Gerechtigkeit und müssen immer wieder ihre Anträge auf Schonung der ohnehin schon Gebeutelten mit dem Verweis auf die Notwendigkeiten des Reformrealismus kontern lassen. Die *herrschenden Interessen* zu beurteilen, die zu einem ganzen System von Notwendigkeiten geraten sind, ist mitfühlenden Gewerkschaftern, Anhängern von Attac und Lula-Fanclubs fremd; dafür stören sie sich an *zu viel „sozialer Ungleichheit“* und verfallen auf kindische Ersatzveranstaltungen: Reiche sollen neben den *Steuersenkungen* für ihre arbeitgebenden Betriebe aus ihrem persönlichen Vermögen wenigstens „symbolisch“ ein wenig mehr für die Gemeinschaftskasse abdrücken; als Zeichen dafür, dass die Gerechtigkeit lebt im Gemeinwesen, und überhaupt für die Verbesserung der Stimmung. Nach überwiegender Auffassung der Reformer mag das zwar gut gemeint sein, taugt aber nicht viel: Einerseits wirken Vermögenssteuern wie die Erinnerung an einen Unterschied – wenn nicht Gegensatz! – zwischen Arm und Reich, wo man doch gerade die Förderung des Eigentums und die Kürzungen am Lebensunterhalt der Nicht-Eigentümer als den überparteilich-interesselosen Weg zum Allgemeinwohl propagiert. Und andererseits verderben solche Belastungen garantiert die Stimmung bei den Vermögenden, die uns mit guter Investitions-laune aus der Krise führen sollen.

Den Lügen Taten folgen lassen

Die Lügen über den *Nutzen* und die *Wirkungen* der Reformen sind in Umlauf und entfalten ihre meinungs- wie willensbildende Kraft. Sie halten auch den zarten Versuchen stand, sie zu widerlegen. Ihre Urheber legen gar nicht so viel Wert darauf zu beweisen, dass die einzelnen Berichtigungen am Preis der Arbeit und seinen sozialstaatlich verwalteten Bestandteilen Arbeitsplätze schaffen und neue Steuern geradewegs den Aufschwung erzeugen. Sie demontieren locker ihre diesbezüglichen Be-

hauptungen, die sie keinesfalls als Versprechen werten lassen wollen. Umso fester bestehen sie auf der *Notwendigkeit* ihrer Maßnahmen. Die wären nämlich erst der Anfang und noch überhaupt nicht gründlich genug; deswegen sei es auch kein Wunder, dass von irgendwelchen segensreichen Wirkungen weit und breit nichts zu sehen ist; genau das sei vielmehr der schlagende Beweis für die Notwendigkeit, unerbittlich weiter zu machen. Auf jeden Fall müssten ihren Lügen Taten folgen, weil sonst das Leiden an den europäischen Standorten kein Ende hat – erstens das Leiden derer, die das Sorge-recht für diese Standorte von Berufs wegen wahrnehmen; es nimmt ohne durchgreifende Reformen aber zweitens auch bei all denen kein Ende, die zu den abhängigen Variablen dieses Standorts gehören und seine Konjunktoren zu spüren kriegen. Die erarbeiten sich unter Anleitung der politischen Führung die entsprechende *staatstragende Definition* der Krise: Krise ist, wenn und weil sich auf dem Standort *lauter Hindernisse für das Wachstum von Kapital* angesammelt haben. Die werden jetzt weggeräumt.

Mit der eifrigen Präsentation von Zahlen und Rechnungen, die belegen, welches Sparpotential die Einkommen und Lebensstandards der regierten Massen in sich bergen, ist diese Aufgabe freilich noch nicht erledigt. Denn kaum haben Parteien, Minister und Kommissionen die Beschränkungen, die sie auf dem Feld der sozialen Leistungen vorsehen, zu stattlichen Entlastungen des Staatshaushalts hochgerechnet, stellt sich die Frage nach der *Durchsetzung*. Kaum sind die Belastungen, die eine zum „Handeln“ entschlossene Elite den Einkommen der vielen nicht so gut Verdienenden zumutet, beziffert und angesagt, ergehen sich Anhänger des Reformkurses in Zweifeln: ob auf den Willen und die Fähigkeit zum Vollzug auch wirklich *Verlass* ist, ob sich die benötigten Erfolge auch einstellen etc. Diese Ungewissheit bildet keineswegs speziell in den Nationen die Begleitmusik zu dem epochalen Projekt, wo sich die Unzufriedenheit mit den Taten der Regierung noch in Demonstrationen äußert, statt bloß an Stammtischen und in kritischen Wortmeldungen abweichender Meinungsbildner ihr Dasein zu fristen. Die demonstrativ breitgetretenen Warnungen vor einem *Scheitern* sind Mahnungen zur Entschlossenheit, die überhaupt *keine Furcht vor Widerstand* verraten, welchen die Betroffenen üben könnten. Damit, dass die zahlreichen Opfer der Initiative „finanzierbares Volk“ ihre Gegnerschaft organisieren, brauchen die Profis einer neuen Sozialarithmetik wahrlich nicht zu rechnen. Wenn sie den großen Ruck, einen Aufbruch oder dergleichen anmahnen, dann haben sie entdeckt, dass die Festsetzung eines neuen Preises für Arbeit und Soziales mit dem Taschenrechner nicht zu bewerkstelligen ist, vielmehr – auch wenn kein Klassenkampf unterwegs ist – manche *Auseinandersetzung mit dem institutionellen Gefüge des überholten Sozial- und Rechtsstaats einschließt*.

Kampf den „Bremsern“ – Reformen brauchen Führer!

Denn die Reformen alten Typs, durch die über Jahrzehnte die heute verworfenen Standards der Gestaltung nützlicher Armut zustande kamen, waren stets Gesetzeswerke, die nicht nur *Geldsummen zu- und umgeteilt* haben. Verteilt wurden auch *Kompetenzen*, Zuständigkeiten bei der „Findung“ des Wünsch- und Machbaren; etabliert wurde so ein System von (Gewohnheits-) Rechten, in welchem allerlei Instanzen *anerkannte Mitwirkung* zugestanden war. Sie sind vom Gesetzgeber dazu ermächtigt worden, „Verantwortung“ zu übernehmen und als Interessenvertreter untereinander und mit der jeweiligen Regierung auszuhandeln, wie das weite Feld des Sozialen zu verwalten sei. Die Interessen von Lohnabhängigen an ihrem Geldbeutel, die von Versicherten an ihrer Versorgung wie den anfallenden Kosten usw. haben darüber eine öffentlich anerkannte Vertretung gefunden und sind nicht selten – und gar nicht immer zu ihrem Vorteil – in das Kalkül von Behörden und Instanzen überstellt worden, die in ihren Bilanzen den passenden Maßstab für die je aktuelle Gerechtigkeit suchen und finden. Die rechts- und sozialstaatliche *Ermächtigung* zur gewissenhaften wie interessierten Mitbestimmung bei der möglichst rentablen Bewirtschaftung des nationalen Lohnwesens erteilte so disparate Vereine wie Gewerkschaften und Unternehmerverbände,

Ärzte- und Apothekerverbände und versicherungsmathematisch geführte Kassen aller Art, Wohlfahrtsverbände, Beamtenbund, VdK und Pharmaindustrie. Und ältere Mitbürger dürften noch wissen, dass diese Operationsweise in der Zurückweisung von einheimischen wie auswärtigen Systemkritikern *das* schlagende Argument abgab – dafür, dass Sozial- und Rechtsstaat die tätige Widerlegung des linken Dogmas wären, das von einer Unversöhnlichkeit von Arbeit & Kapital berichtet. *Ausgleich* herzustellen sollte nach seinerzeitiger Lesart von Demokraten die große und erfüllte Mission der geteilten Macht und Zuständigkeit sein; die vom Staat konzedierte Mitwirkung; die Beauftragung von jeder Menge Interessengruppen galt als Gütesiegel der „sozialen Marktwirtschaft“, in der von Konflikten zwischen der „Wirtschaft“ und den anderen kaum noch etwas zu sehen war. Und vor allem kein Lohnabhängiger mehr, der durch den Rost gefallen ist.

Heute, wo einige Millionen unter die Räder gekommen sind – der Sozialstaat hat da irgendwie versagt –, finden die Fanatiker der Reformen neuen Typs nicht nur an den Einkommen von sozial Schwachen einen unge-rechtfertigten Besitzstand vor, den die „Wirtschaft“ einfach nicht aushält. Die *Konzessionen*, die eine zum großen Wurf aufgelegte „politische Klasse“ in Gestalt von lauter Agenturen antrifft, die mit Sitz und Stimme auf ihren Befugnissen und ihrem überkommenen Einfluss bestehen, sind ein einziges Übel. Wo Schröder tönt: „Schluss mit Konsens!“, sekundieren die nationalökonomischen Fachkräfte lauthals mit dem Plädoyer, die störenden Interessenvertreter aller Art zu übergehen, ihnen ihre Lizenz zu entziehen und vor allem den Gewerkschaften das Genick zu brechen. So richtig in ihrem Element sind sie, wenn sie die Errungenschaften ihres demokratischen Gemeinwesens, die bis gestern als Überwindung kapitalistischer Rohheiten im Umgang mit den armen Leuten galten, heute als die entscheidende Bremse für ihr kapitalistisches Wachstum entlarven. Selbst in der föderalen Verfassung der Nation und im handelsüblichen Streit zwischen Regierung und Opposition haben manche schon eine der Nation zutiefst schädliche Behinderung der einzig senkrechten Politik, des durchgreifenden Gebrauchs der Staatsmacht ausgemacht. Dass er damit einer alten, in Krisen modernen Übung folgte, die auch einmal in schlechtem Ruf stand, ficht den gemischten Chor nicht an: Was denn sonst außer *Führung und rigorose Führer* braucht das Land!

Dass manche der amtierenden Führer das sozialdemokratische Etikettenwesen – eben „sozial“, „demokratisch“, „gerecht“ etc. – aus dem Verkehr ziehen wollen, ist da nicht erstaunlich. Warum sollte ein Verein, der als Regierung den nationalen Kapitalismus vor zu teurem Fußvolk retten muss, ausgerechnet seine Wähler mit Urteilsmaßstäben versorgen, die nur zu Kritik und Ablehnung einladen? Sollen sie doch lieber lernen, wie Recht der alte Marx hatte mit seiner Bemerkung, dass gerecht immer das ist, was zur Produktionsweise passt, die gerade herrscht! Und respektieren, was ein anderer Führer deutscher Arbeiter vorwegnahm: „Sozial ist, was Arbeit schafft!“

Nachdruck aus:

GEGENSTANDPUNKT 3-03

Im Buchhandel erhältlich:
Ex Libris, Bismarkstr.9, 91054 Erlangen
Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn,
Bahnhofspl.9, 90459 Nürnberg,
Die Bücherkiste, Schlehengasse 12,
90403 Nürnberg
Hugendubel, Ludwigpl. 1,
90473 Nürnberg
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauerstr.
38, 90403 Nürnberg
Bestellungen beim GEGENSTANDPUNKT-
Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München
Tel.:089/272 16 04; Fax: 089/272 16 05
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de
Internet: www.gegenstandpunkt.com

Die wöchentlichen Analysen der Redaktion in Radio Lora können nachgelesen werden unter:
<http://gegenstandpunkt.lora924.de>

**„MICHEL FRIEDMANN - NOCH EIN AUFSTIEG UND EIN FALL,“
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten**

eine Lehre aus dem Judenmord verordnet: Damit das Land als Teil des Westens anerkannt und zur Weltpolitik wieder zugelassen wird, schämt sich das nationale Kollektiv für die Untaten des erfolglosen Vorgängers, akzeptiert eine Verantwortung dafür und verpflichtet sich, pekuniär und politisch-moralisch, auf unbedingte Parteilichkeit für das weltweite Judentum und den sich völkisch definierenden Staat Israel. An dieser demutvoll auftretenden *nationalen Heuchelei* in Gestalt des Anti-Antisemitismus – zu erfüllende Bedingung und wohl kalkuliertes Mittel einer neuen Souveränität im Namen des deutschen Volkes – hat der junge Friedman nicht nur nichts auszusetzen; er beschließt, sie für sich *auszunützen*: Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat ein paar schöne Posten zu vergeben mit einer unbestreitbar hohen moralischen Wertschätzung, weil der bundesdeutsche Staat den Juden einen hohen politischen Stellenwert einräumt – seiner internationalen diplomatischen Reputation wegen. Damit macht Michel eine Karriere: Als Stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats darf er über die Einhaltung dieser nationalen Verpflichtung wachen, dafür bezeugt er mit seiner deutschen Staatsangehörigkeit aber auch, dass sich der deutsche Nationalismus nach dem Holocaust *gelütert* und *veredelt* hat. Der „*selbstbewusste deutsche Jude*“ repräsentiert nun den Gipfel einer bun-desdeutschen patriotischen Moral.

Dann tritt Friedman in die CDU ein. Auch dies kein schlechter Einfall. Er gehört zwar nicht der namensgebenden christlichen Glaubensgemeinschaft an, kann dort aber schon wieder seine *Person als Symbolfigur* in einer Art Gegengeschäft karrierefördernd einsetzen: Wegen seiner jüdischen Qualifikation wählen ihn die Delegierten bis in den Parteivorstand und machen den konservativen Juden zum parteieigenen Mahner in Sachen Asyl- und Ausländerpolitik, Nationalismus und Rassismus – und dadurch zum Kronzeugen, dass bei der rechten Volkspartei in Deutschland auch das gute schlechte Gewissen der Nation bestens aufgehoben ist. Friedman gewinnt dafür Statu als *Parteipolitiker*, seine *politmoralische* Autorität findet eine gewisse Anbindung an den praktizierten Nationalismus einer staatstragenden Partei: Michel ist nicht mehr bloß repräsentativer *deutscher Jude*, sondern auch noch ein jüdischer *deutscher* Politiker.

Mit dem Ruf *politmoralischer* Integrität bekommt Friedman schließlich einen Sendeplatz angeboten, den er glanzvoll im Sinne des öffentlich-rechtlichen Medienauftrages ausfüllt – eindeutig der vorläufige Höhepunkt seiner Karriere: Er darf im Fernsehen, zuerst regional, dann im Hauptprogramm der ARD, mit Politikern „talken“, die, wie sich bald herausstellt, sich vor seiner „Respektlosigkeit“ und seinem „inquisitorischen“ Fragestil gehörig in Acht nehmen müssen: „Vorsicht Friedman!“ Von ihm darf sich die politische Elite keine einfühlsame Hofberichterstattung erwarten; da fühlt vielmehr eine unabhängige Autorität den Politikern einmal heftig auf den Zahn und zersägt, wo es ihr angebracht erscheint, gnadenlos deren aufpoliertes, werbendes Image. „Plumpe Populisten“ wie etwa seinen Berliner Parteikollegen Frank Steffel fertigt Friedman in der Funktion eines ideellen Gesamt-Ausländerbeauftragten ab. Steffel hat in seiner politischen Jugend zu „unseren ausländischen Mitbürgern“ nachweislich einmal „Kanaken“ gesagt, also nicht die *rechten höflichen Worte* für diese „Problemfälle“ gefunden; diese Wortwahl lässt ihm Friedmans „political correctness“ nicht durchgehen. Erklären, Entschuldigen, Leugnen – alles lässt den Spitzenkandidaten im Wahlkampf ums Berliner Rathaus gegenüber Friedmans Nachhaken gleich schlecht aussehen, so dass man sagen kann, der Moderator hat dessen Karriere beendet. Aber moralisch eher *wertvollen, prinzipienfesten* Politikern wie dem Grünen Christian Ströbele oder Ottmar Schreiner, dem „Partei-rebellen“ der SPD, geht es nicht besser. Solche Politiker konfrontiert Friedman mit ihren eigenen Idealen und Alternativen und fordert unnachgiebig Konsequenz bei der Verwirklichung von etwas ein, was er selbstverständlich gar nicht verwirklicht sehen will. Das jeweilige Gute, das sich Sozis, Grüne, PDSler auf die Fahnen schreiben, hält er für national schädlichen Blödsinn, beruhigt sich aber gar

nicht, wenn es ihm gelingt aufzudecken, dass auch dessen Vertreter diesen „Blödsinn“ nicht ganz wörtlich nehmen. Im Gegenteil, dann frohlockt Friedman, denn er hat wieder einmal Sprücheklopfer und Phrasendrescher entlarvt, die ihre hohe Gesinnung nur zu Werbezwecken vor sich hertragen und jederzeit bereit sind, sie dem Machterhalt, der rot-grünen Regierungsfähigkeit, der eigenen Karriere oder sonstigen persönlichen Vorteilen zu opfern. Friedmans Inquisition befasst sich gar nicht mit dem Inhalt politischer Ziele, sondern – alle Ideale anderer Leute sind dafür gleich recht – ausschließlich mit der Konsistenz von Reden und Handeln. Seine penetranten Kreuzverhöre kreisen immer nur und nur immer wieder um die Frage, ob das regierte Volk seinen Politikern auch glauben darf, wenn die mit hohen Werten und großen Zielen um sein Vertrauen werben. Den Zweifel von Regierten, die ihren Herren alles glauben wollen, sich aber nicht sicher sind, ob sie das auch wirklich tun dürfen, erhebt Friedman zum Maß aller demokratischen Urteilskompetenz. Mit seinen Glaubwürdigkeitstests weckt, bedient und fördert Friedman ausschließlich dieses Bedürfnis nach einer Führung, die ihre Gefolgschaft auch verdient – gerade dann, wenn er dem Zweifel neue Nahrung verschafft, das Renommee seiner Gäste ein wenig ramponiert und sie als politische Sprücheklopfer blamiert.

Aber damit nicht genug. Friedman kann die Kategorie der Glaubwürdigkeit auch nach der anderen Seite hin ausspielen, und das tut er, sobald er den Eindruck gewinnt, sein Gesprächspartner nehme seine Gesinnung – wie verlangt – tatsächlich ernst, stelle sich wegen einer Überzeugung gegen Mehrheiten und lasse die Rücksicht auf die Regierungsfähigkeit seiner Partei, die Haltbarkeit der Koalition, auf Karriere und Amt fahren. Dann läuft das Spielchen umgekehrt: Friedman entlarvt nun den Gesinnungsfesten als sturen Rechthaber und selbstgerechte schöne Seele, der die Reinheit ihrer Absichten wichtiger ist als das reale Gute, das ein Politiker nur im Amt und mit den Mitteln der Macht in die Welt bringen kann. So zeugen Ströbeles „Gesinnungspazifismus“ oder Ottmar Schreiners „soziale Gerechtigkeit“, die gerade noch in der Gefahr waren, als billige Phrasen entlarvt zu werden, von einem *verantwortungslosen* Gebrauch des Mandats, sobald sein Inhaber sie wirklich zur Richtschnur in der parlamentarischen Abstimmung macht; dann werden nämlich „notwendige außenpolitische Entscheidungen“ und „Reformen“ *verhindert*. Wirklich glaubwürdig wäre nur ein Politiker, der sich nicht zu fein ist, für seine Werte und Ziele auch den politischen Konkurrenzkampf mit seinen unfeinen Methoden und realistischen Kompromissen zu betreiben. Gerade auf dem Feld der blanken *Erfolgstüchtigkeit* des Politikers, seiner Ausstrahlung von Erfolgswürdigkeit, gibt der unbestechliche Friedman keinen Fußbreit nach und blamiert Aufschneider: Der abservierte, also erfolglose ehemalige SPD-Vorsitzende Lafontaine – das merkt ein moralischer Wadenbeißer wie Michel gleich – steht nicht in der „Verantwortung“ und schon deswegen schwer im Verdacht, bloß ein vorlauter Sprücheklopfer zu sein, der mit moralischen Titeln wie „Gerechtigkeit“ hausieren geht. Dem kommt er deshalb mit der Praxis-Frage, wie ernst es ihm denn überhaupt damit wäre, auf dem SPD-Parteitag aufzumarschieren und seine Position dort zur Abstimmung zu stellen – und wenn er das dann nicht zu tun gedenkt, sind alle seine moralisch noch so fein fundierten politischen Inhalte und Alternativen schlagartig entzaubert.

Mit dieser perfiden Tour hat sich Friedman den Ruf intellektueller Brillanz erworben. Wenn er in sturer Befolgung seines primitiven Strickmusters den ‚Gesinnungsethiker‘, den Vertreter guter Absichten, gegen den ‚Verantwortungsethiker‘ der Macht ausspielt und umgekehrt, beweist er nicht nur geistige Überlegenheit, wie man sie in einer reifen Demokratie versteht: Er bringt tatsächlich den ultimativen Gütetest für Politiker, den diese Staatsform zu bieten hat, auf den Punkt. Er stellt die beiden zusammengehörigen Seiten der Politikerpersönlichkeit – den um Glaubwürdigkeit bemühten *Moralisten* und den Erfolg ausstrahlenden *Machtmenschen* – polemisch gegeneinander, besteht gegenüber seinen Kandidaten eisern auf der Identität von Macht und Moral und geht dabei selbstverständlich davon aus, dass die von ihm präsentierten Figuren alleamt den Vergleich mit dem Idealbild der wahren demokratischen Führernatur nicht beste-

Die SG veranstaltet regelmäßig einmal im Monat mittwochs einen Diskussionstermin. Näheres unter: www.sozialistischegruppe.de

Das Völkerrecht

Mit dem Beschluss, einen „Präventivkrieg“ gegen den Irak zu führen, noch dazu unabhängig von einer Beauftragung durch UNO und Weltsicherheitsrat, haben sich die USA in den Augen vieler Fans rechtsförmiger Beziehungen zwischen den Staaten eines „Bruchs des Völkerrechts“ schuldig gemacht.

Die USA haben das bekanntlich andersherum gesehen. Dass sie ein „Recht auf Krieg“ und im speziellen Fall auch ein Recht auf „Präventivkrieg“ haben, stand für sie so fest, dass sie umgekehrt ihren Kritikern vorhielten, das Völkerrecht und seine Geltung nicht ernst genug zu nehmen.

Mit dem erfolgreichen Krieg der USA gegen den Irak ist diese Streitfrage offenbar irgendwie entschieden, jedenfalls irrelevant geworden und von der politischen Tagesordnung verschwunden.

Da stellt sich die Frage: Was hat es mit dem Völkerrecht als System internationaler Legitimität, auf das sich alle Staaten berufen, eigentlich auf sich, wenn sich darauf rechtsbewusste amerikanische Präventivkrieger genauso stützen können wie ihre europäischen Kritiker und wenn dieser Rechtsstreit durch eine amerikanische Gewaltaktion auch wieder erledigt ist?

Diese und weitere Fragen können geklärt werden auf dem

Diskussionstermin

**am Mittwoch, 05. November 2003, 20.00 Uhr
im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1. OG), Erlangen**

Geklärt wird dabei sicher auch, warum es eine Unsitte ist, staatliche Gewaltaktionen immer nur darauf hin zu besichtigen, ob „die das (völkerrechtlich) dürfen“, statt sich einmal klarzumachen, welcher Art die Interessen sind, die Staaten dazu treiben, „das“ zu tun.

hen. Seine illustren Gäste kommen dennoch freiwillig und gerne zum Tête-à-Tête auf der roten Couch, weil der Maßstab, an dem sie so streng gemessen werden, der ihre ist: An ihm wollen sie sich bewähren und vor ihren Wählern brillieren.

Derart ist der politische Stoff des zeitgemäßen Infotainment. Das politmoralische Urteilsvermögen des Publikums, auf das es in der Demokratie ankommt, erhält in Friedmans Show Stoff zur Unterhaltung. Im Zusammenspiel der dramatis personae entsteht ein feiner Schaukampf, der erstens polarisiert und zweitens ein Vergnügen der sportlichen Art verspricht. Friedman bietet dem Zuschauer die Sorte Respektlosigkeit, die der sich gegen die Politiker, die er nicht leiden kann, immer selbst gerne herausgenommen hätte, die er aber gegenüber den Politikern, die er leiden kann, völlig unangebracht findet. Deshalb wird im Kampf zwischen ihm und seinem Gast Partei ergriffen und mitgefiebert. Schafft es der Moderator, den Prominenten zur Strecke zu bringen? Oder gelingt es dem ehrbaren Volkvertreter, sich gegen die Infamie des Showmasters halbwegs aus der Affäre zu ziehen? So fasst sich das Ringen um eine möglichst gelungene Inszenierung der glaubwürdigen Politikerpersönlichkeit auf der einen, ihrer gekonnten Demontage auf der anderen Seite konsequent in einem Schlagabtausch zusammen, in dem es allein noch darum geht, wer mit wie gut gegebenen und re-tournierten Gemeinheiten, gut oder schlecht verarbeiteten Invektiven wem zeigt, wo in Sachen Schlagfertigkeit der Hammer hängt und sein Gegenüber mundtot zu machen versteht. Mit seiner Show hat sich die *politische Person* Friedman wahre Verdienste um die politische Kultur erworben, und er hätte diese Kultur gewiss weiter pflegen dürfen, solange genügend aufgeklärte Bürger seine Tour goutieren und „die Quote stimmt“. Leider ist ihm die Berliner Staatsanwaltschaft in die Quere gekommen. Staatsanwälte ermitteln wegen Kokainbesitzes und Großhandelsbestellungen von Edelprostituierten bei osteuropäischen Zuhältern; die Medien erfüllen ihre Pflicht und breiten Details vor der interessierten Öffentlichkeit aus. Man bedient das Recht des gemeinen Volkes auf Teilhabe am Schicksal seiner Elite und legt ihm den nationalen Besinnungsaufsatz vor, ob hier mehr eine „*menschliche Tragödie*“ (Bild) oder eher ein Fall „*zutiefst unmenschlicher Sklaverei im internationalen Frauenhandel*“ (Der Spiegel, 28/03) vorliegt. Die „*Verstöße gegen das Rauschmittelgesetz und das Menschenhandelsverbot*“, wegen denen er zu einer Geldstrafe verknackt wird, haben zwar mit den Leistungen des politischen Showmasters nichts zu tun. Offenbar gewordene private Fehlritte untergraben aber das Gesamtkunstwerk der glaubwürdigen öffentlichen Person – und die noble demokratische Qualität Glaubwürdigkeit braucht eben auch ein Fernsehritze, der seinen Talk-Gästen die Glaubwürdigkeit abspricht. Die Presse genießt es, den Mann, der die politische Klasse am Bild einer moralisch sauberen und erfolgreichen Politpro-

minenz misst und scheitern lässt, nach seinen Methoden fertig zu machen. Mitten in der lustvollen Demontage des öffentlichen Glaubwürdigkeitsjägers kommt die Frage auf, ob „wir“ das überhaupt dürfen – bei einem Juden! Werden da nicht antisemitische Muster erkennbar, wenn ein zersetzend argumentierender, jüdischer Moderator öffentlich „*hingerichtet*“ wird? Der Zentralrat der Juden schlägt schon mal Alarm. Dagegen andere: Gerade bei einem Juden darf man keine Ausnahme machen, das signalisiert Normalität, alles andere würde ein gestörtes Verhältnis und verdrängten Antisemitismus verraten. Schließlich tritt Friedman zurück, die Presse wird ein bisschen milde und plädiert eher auf „*tragische Verstrickung*“ – und die Öffentlichkeit gratuliert sich dazu, dass sie den Fall ganz ohne Antisemitismus abgewickelt hat.

Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT 3-03

**KRITIK DER BÜRGERLICHEN WISSENSCHAFT:
„BANKENKRISE IN DEUTSCHLAND ...“
Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 oben**

verdienen, Profite machen und wachsen könnten, dann gibt es logischerweise zu viele Banken fürs vorhandene Geschäft. „*2500 Banken sind zu viel!*“ Die „*Struktur*“ der Banklandschaft ist „*verheerend*“, nämlich „*zersplittert*“. Die Empfehlung, die Ertragslage der Banken dadurch zu verbessern, dass man deren Zahl reduziert, ist bestechend – leider ist nicht so ganz klar, an wen sie sich richtet. Welche Banken sollen ihre Pforten schließen, damit anderswo der Profit wieder stimmt? Vielleicht die öffentlichen, weil deren Solidität unfair ist? „*Der deutsche Markt ist von öffentlich-rechtlichen Sparkassen und genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken überschwemmt und die verhageln den Privatbanken die Margen.*“ Oder besser die privaten, weil die keine vergleichbare Kreditwürdigkeit vorweisen können und ohnehin schlechte Gewinnmargen einfahren? Sollen die Großbanken dichtmachen oder lieber die kleinen? Auf jeden Fall aber sollen sie erst wieder aufmachen, wenn die Margen stimmen! Sollen alle gemeinsam oder jede für sich „*verschlinken*“, damit sie wieder dicker werden können?

Aber vielleicht sind das ja auch die falschen Fragen. Ein Professor von der RUB in Bochum jedenfalls gibt eine umfassende Antwort, die weit über Schrumpfung und Konsolidierung hinausweist. „*Entscheidend ist in den nächsten Jahren eine stärkere Profilierung deutscher Kreditinstitute durch stärker zugespitzte strategische Konzepte und deren konsequente Umsetzung.*“ Das ist doch ein Wort! Die Denker machen den Praktikern vor, wie's vorwärts geht: Probiert's mal mit Gewinn, Leute – und bitte konsequent! Nicht nachlassen beim Erfolgsstreben! Krise, das muss doch wirklich nicht sein!

Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT 2-03